

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 **der Volksbank Vorpommern eG**

Gliederung des Lageberichts

- A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit
- B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)
 - 1. Rahmenbedingungen
 - 2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs
 - 4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 - 5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage
- C. Risiko- und Chancenbericht
- D. Prognosebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Als Genossenschaftsbank besteht unsere Kernaufgabe darin, die wirtschaftliche Entwicklung unserer Mitglieder und Kunden zu fördern. Die Volksbank Vorpommern eG versteht sich als mittelständisches Unternehmen aus der Region für die Region mit Fokus auf das Privatkundengeschäft und den gewerblichen Mittelstand. Darin gründet auch die enge regionale Bindung an die Landkreise Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald. Als Ergänzung zum Kundengeschäft und zur Liquiditäts-, Ertrags- und Risiko-steuerung nutzen wir Geldmarkt- und Wertpapieranlagen. Dem Verbundgedanken folgend nutzen wir strategisch die Erfahrungen und Kompetenzen der genossenschaftlichen FinanzGruppe und setzen die verfügbaren Verbundverfahren ein.

Im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit unterhalten wir neben unserer Hauptstelle in der Hansestadt Stralsund 26 weitere Geschäftsstellen sowie 24 Servicepunkte und SB-Stellen im Geschäftsgebiet, das im Wesentlichen Teile der Landkreise Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald einschließlich der Insel Usedom sowie den Einzugsbereich der Stadt Altentreptow im angrenzenden Landkreis Mecklenburger Seenplatte umfasst.

Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i. V. m. § 1 Absatz 3d Satz 1 KWG gehört die Bank der BVR Institutssicherung an. Das BVR-ISG Sicherungssystem ist eine Einrichtung der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin (BVR-ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt. Daneben ist unsere Bank der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR-SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und aus dem Garantieverbund besteht. Die BVR-SE ist als zusätzlicher genossenschaftlicher Schutz parallel zum BVR-ISG Sicherungssystem tätig.

B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)

1. Rahmenbedingungen

Im Jahr 2025 konnte sich die deutsche Wirtschaft noch nicht aus der ausgeprägten Schwächephase der Vorjahre befreien. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich jedoch etwas gefestigt. So stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten amtlichen Berechnungen leicht um 0,2 Prozent, nachdem es in den Jahren 2023 und 2024 noch um 0,9 Prozent beziehungsweise 0,5 Prozent gesunken war. Auch das Preisgeschehen hat sich stabilisiert. Während sich die Verbraucherpreise 2023 noch um hohe 5,9 Prozent verteuerten, erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2 Prozent und damit in gleichem Maße wie 2024.

Zwar hatte sich die wirtschaftliche Stimmung zu Jahresbeginn aufgehellt, befördert vor allem durch die erwarteten Ausgabensteigerungen der neu gewählten Bundesregierung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung blieb jedoch erneut aus. Die Gemengelage aus hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten — unter anderem verursacht durch die unberechenbare US-Handelspolitik — und anhaltenden inländischen Strukturproblemen — wie den Bürokratielasten und dem allgemeinen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit — dämpfte die Konjunktur.

Im Zuge von Vorzieheffekten der angekündigten US-Importzollerhöhungen war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal noch deutlich gestiegen. Im weiteren Jahresverlauf belasteten die Zollerhöhungen jedoch umso mehr. Auch die zum Jahresende langsam wirksam werdenden Wachstumsimpulse der Bundesregierung, wie die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, führten noch keine durchgreifende Belebung herbei.

Wie bereits im Vorjahr stabilisierten die Konsumausgaben die Gesamtentwicklung. Zwar legte der Privatkonsum preisbereinigt mit 1,6 Prozent deutlich stärker zu als 2024 (+0,5 Prozent). Besonders für Gesundheit (+3,8 Prozent) wurde mehr Geld ausgegeben als zuvor. In anderen Konsumbereichen wie etwa bei Nahrungsmitteln (+1,0 Prozent) sowie bei Gastronomie und Beherbergungsdienstleistungen (-0,2 Prozent) verlief die Entwicklung jedoch weniger dynamisch. Allgemein dämpften hohe Unsicherheiten über die Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung, schwächere Lohnsteigerungen, das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien und die höheren Sozialversicherungsbeitragssätze die Ausgabenbereitschaft.

Am Arbeitsmarkt zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. Während es im öffentlichen Dienst sowie im Sozial- und Gesundheitswesen zu einem weiteren Beschäftigungsaufbau kam, ging die Beschäftigung in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Unternehmensdienstleister merklich zurück. Auch wegen des voranschreitenden demografischen Wandels, dessen Folgen durch eine weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung im Inland und eine anhaltende Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften nicht kompensiert werden konnten, kam der langjährige Anstieg der Erwerbstätigenzahl insgesamt zum Erliegen. Im Jahresdurchschnitt sank die Zahl der im Inland arbeitenden Erwerbstätigen minimal um 5.000 Menschen auf knapp 46,0 Millionen. Die anhaltende gesamtwirtschaftliche Flaute spiegelt sich auch in der Arbeitslosenzahl wider: Sie nahm leicht zu von rund 2,8 Millionen im Vorjahr auf etwa 2,9 Millionen. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,0 auf 6,3 Prozent.

Nach den kräftigen Preissteigerungen in den Jahren 2021 bis 2023 hat sich die Preisentwicklung im Jahr 2025 weiter stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt legte der Verbraucherpreisindex um 2,2 Prozent zu und damit im gleichen Maße wie 2024. Innerhalb des Jahres schwankte die Inflationsrate leicht um diesen Wert, wobei mit 2,4 Prozent im September und 1,8 Prozent im Dezember die höchsten und niedrigsten Monatsraten in der zweiten Jahreshälfte erreicht wurden. Auf Jahressicht blieben die Dienstleistungspreise mit einem Anstieg um 3,5 Prozent der stärkste Treiber der Gesamtteuerung (2024: +3,8 Prozent). Unter anderem für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+8,7 Prozent), Wartungen und Reparaturen von Fahrzeugen (+5,5 Prozent) sowie Gaststättendienstleistungen (+4,0 Prozent) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar mehr Geld aufwenden. Waren verteuerten sich demgegenüber um weniger deutliche 1,0 Prozent (wie bereits 2024). Hier wirkten sich die Preisentwicklungen bei Nahrungsmitteln (+2,0 Prozent nach +1,4 Prozent im Vorjahr) und insbesondere bei Energie (-2,4 Prozent nach -3,2 Prozent) dämpfend auf die Gesamtrate aus.

Der Außenhandel wurde maßgeblich durch die protektionistischere Handelspolitik des US-Präsidenten Donald Trump bestimmt. Bereits im Januar kündigte Trump neue US-Importzölle an. Ab Februar führte er dann Zusatzzölle auf Warenimporte einzelner Staaten sowie verschiedener Produktgruppen – darunter Stahl, Aluminium und Autos – ein, was teilweise handelspolitische Gegenmaßnahmen nach sich zog. Einige dieser Zölle wurden zeitweise ausgesetzt oder nach Abschluss von Handelsabkommen verringert. Insgesamt belastete die unberechenbare US-Handelspolitik den Welthandel spürbar.

Angesichts des Gegenwinds von Seiten der US-Handelspolitik, sowie weiterer Belastungsfaktoren, wie der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und der stärkeren Konkurrenz durch chinesische Produkte, gingen die deutschen Exporte 2025 preisbereinigt nochmals zurück. Mit einer Veränderungsrate von -0,4 Prozent fiel der Exportrückgang aber weniger deutlich aus als im Vorjahr (-2,1 Prozent). Die Importe, die 2024 noch um 0,6 Prozent gesunken waren, legten hingegen um kräftige 3,6 Prozent zu. Sie wurden durch die robusten Konsumausgaben und durch die staatlichen Rüstungsinvestitionen gestützt. Der Außenbeitrag verminderte das gesamtwirtschaftliche Wachstum daher nochmals merklich.

Finanzmärkte

Die politischen Unsicherheiten blieben auch im Jahr 2025 erhöht und erreichten sogar neue Höchststände. Ein wesentlicher Beitrag dazu lag bei der seit Jahresanfang 2025 regierenden US-Administration, die unter anderem durch umfassende Zollandrohungen und -erhebungen gegenüber vielen Handelspartnern für weltweite Verunsicherung sorgte. Auch der weiterhin andauernde Krieg in der Ukraine und die Eskalation des Nahostkonflikts trugen dazu bei. In Frankreich sorgten erneut wackelige Mehrheitsverhältnisse und gescheiterte Regierungen für politische Instabilität. Die neue Bundesregierung in Deutschland und die Ankündigung umfassender Fiskalausgaben wurden an den Finanzmärkten aufgrund positiverer Wachstumsaussichten positiv aufgenommen. Die weiteren Zinssenkungen der Notenbanken und anhaltende Hoffnungen auf Produktivitätseffekte durch Künstliche Intelligenz (KI) sorgten zusätzlich für Kursanstiege. Gleichwohl war die Nervosität der Finanzmarktakteure spürbar. Äußerungen der neuen US-Regierung führten regelmäßig zu hoher Volatilität an den Finanzmärkten. Auch die Ankündigung des chinesischen KI-Startups DeepSeek, deutlich kostengünstiger und effizienter als amerikanische KI-Modelle vergleichbare Ergebnisse liefern zu können, sorgte für drastische Marktbewegungen und führte beim amerikanischen Chiphersteller Nvidia zu einem Rückgang des Börsenwerts um knapp 600 Milliarden US-Dollar innerhalb eines Tages – dem bislang größten Verlust eines Unternehmens an einem Tag.

Der Zinssenkungszyklus, der in den meisten großen Volkswirtschaften im Jahr 2024 begann, setzte sich 2025 weiter fort. Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte in der ersten Jahreshälfte die Zinsen weiter und wechselte anschließend in einen Haltemodus. Auf der anderen Seite des Atlantiks wartete die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) mit weiteren Zinsschritten bis in die zweite Jahreshälfte. Auch die Notenbanken in Kanada und im Vereinigten Königreich senkten im vergangenen Jahr ihre Leitzinsen. Hervorzuheben ist unter den großen Notenbanken die japanische Zentralbank, die angesichts einer sich weiter beschleunigenden Inflation sogar die Zinsen erhöhte – allerdings ausgehend von einem international vergleichsweise niedrigen Niveau.

Grundlage der fortgesetzten geldpolitischen Lockerung ist ein ausgeglichenerer Inflationsausblick. Im Euroraum lag die Inflationsrate bereits im Jahresverlauf 2025 in etwa auf Zielniveau, mit einer Jahresrate von 2,1 Prozent. Die für die Geldpolitik relevantere Kerninflationsrate, also die um die schwankungsanfälligen Energie- und Nahrungsmittelpreise bereinigte Teuerung, erwies sich weiterhin als hartnäckig. Im Jahresverlauf 2025 lag diese, getrieben von weiterhin erhöhten Preissteigerungen im Dienstleistungsbereich, bei 2,4 Prozent. Trotz des weiterhin betonten datengetriebenen „Meeting-by-Meeting“-Ansatzes spielten im vergangenen Jahr auch die Projektionen der EZB zur Inflationsentwicklung im Euroraum wieder eine größere Rolle. Im Dezember 2025 erwartete das Eurosystem eine Teuerungsrate von 1,9 Prozent für das Jahr 2026, gefolgt von 1,8 Prozent und 2,0 Prozent in den beiden Folgejahren. Die Kerninflation dürfte nach den jüngsten Projektionen im Jahr 2026 bei 2,2 Prozent liegen und sich anschließend auf dem 2,0 Prozent-Niveau einpendeln. Damit dürfte das symmetrische Inflationsziel von mittelfristig 2,0 Prozent in etwa erreicht werden.

In den USA erwies sich die Inflation als hartnäckiger. Die von der Fed besonders beachtete Personal Consumption Expenditure (PCE)-Rate bewegte sich im Jahresverlauf fast seitwärts und lag im Dezember 2025 bei 2,9 Prozent. Die Kerninflation lag zum Jahresschluss bei 3,0 Prozent. Im Vergleich zu den Januarwerten von 2,6 Prozent (PCE) beziehungsweise 2,8 Prozent (PCE-Kerninflation) ist somit keine Verbesserung eingetreten, und die Inflation befand sich weiterhin deutlich oberhalb des Inflationsziels. Entsprechend agierte die Fed vorsichtiger. Die für das duale Mandat gleichermaßen entscheidende Entwicklung am Arbeitsmarkt zeigte im Jahresverlauf leichte Schwächeanzeichen, was die Fed schließlich zu Zinssenkungen veranlasste.

Die US-Notenbank hat im Jahr 2025 ihre geldpolitische Lockerung trotz eines Inflationsniveaus oberhalb des Inflationsziels fortgesetzt. Neben weiteren Zinssenkungen zählte hierzu auch die Ankündigung, die quantitative Straffung (Quantitative Tightening, QT) im Dezember 2025 einzustellen. Damit ist der Abbau von Beständen an Wertpapieren in der Fed-Bilanz aus früheren Ankaufprogrammen gemeint. Der Leitzins in den USA lag zu Jahresbeginn 2025 in einem Korridor von 4,25 bis 4,5 Prozent. Nach drei Zinssenkungen um jeweils 25 Basispunkte in der zweiten Jahreshälfte 2025 lag der Leitzins zum Jahresende in einem Korridor von 3,5 bis 3,75 Prozent. Anders als die EZB mit dem primären Mandat Preisstabilität verfolgt die Fed ein duales Mandat mit Preisstabilität und Vollbeschäftigung als Zielgrößen. In ihren Begründungen für die geldpolitische Lockerung verwies die Fed auf Schwächen am Arbeitsmarkt, die unter Risikoabwägungen hinsichtlich der beiden Zielgrößen trotz weiterhin erhöhter Inflation geldpolitische Lockerungsschritte angemessen erscheinen ließen.

Für Verunsicherung sorgten die zunehmenden Angriffe der US-Regierung auf die unabhängige Notenbank. Die US-Administration forderte offen deutliche Zinsschritte und versuchte, durch Neubesetzungen sowie juristische Schritte gegen Mitglieder des geldpolitischen Entscheidungsgremiums Einfluss auf die Geldpolitik zu nehmen. Während es der Fed bislang gelang, sich diesen Angriffen zu widersetzen, droht bei einer Schwächung der Institution und Zweifeln an der Unabhängigkeit der Geldpolitik eine Beeinträchtigung der geldpolitischen Transmission, eine weiter zunehmenden Inflationsrate und höhere langfristige Zinsen.

Auch die EZB setzte ihre geldpolitische Lockerung fort, allerdings – anders als die Fed – in der ersten Jahreshälfte. Nachdem die erste Zinssenkung im laufenden Zyklus im Juni 2024 erfolgte, startete die EZB das Jahr 2025 mit einem Zinsniveau für die geldpolitisch relevante Einlagefazilität von 3,0 Prozent. Der Zins für die Hauptrefinanzierungsfazilität lag entsprechend bei 3,15 Prozent, der für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,4 Prozent. Nach Zinssenkungen im Februar, März, April und Juni um insgesamt 100 Basispunkte beließ der EZB-Rat die Zinsen bis Jahresende auf einem Niveau von 2,0 Prozent (Einlagefazilität), 2,15 Prozent (Hauptrefinanzierungsfazilität) bzw. 2,4 Prozent (Spitzenrefinanzierungsfazilität). Damit lag der Zins für die Einlagefazilität im von der EZB als geldpolitisch neutral angesehenen Bereich von 1,75 bis 2,25 Prozent. Die Inflationsrisiken schienen sich zuletzt relativ die Waage zu halten: Abwärtsrisiken bestanden etwa durch Rückgänge bei Energiepreisen, eine Aufwertung des Euros, Umlenkungen insbesondere chinesischer Waren durch Handelsbeschränkungen oder eine schwächere konjunkturelle Entwicklung. Aufwärtsrisiken hingegen bestanden durch die Ausweitung der Fiskalausgaben im Euroraum sowie bestehende Kapazitätsengpässe oder geo- und handelspolitische Friktionen, die etwa zu Lieferengpässen oder Restrukturierungen von Lieferketten führen könnten.

Das Jahr 2025 verlief für die Aktienmärkte erneut positiv. Viele wichtige Aktienindizes konnten neue Rekordstände erreichen. Angesichts der anhaltenden Krisenherde wie dem Krieg in der Ukraine oder dem Nahostkonflikt sowie der hohen Unsicherheit durch die Politik der US-Administration übertraf die positive Entwicklung dank Faktoren wie KI-Hoffnungen und expansiver Fiskalpolitik vielerorts erneut die Erwartungen. Der DAX startete mit 19.909 Punkten ins Jahr 2025 und bewegte sich bis zum amerikanischen „Befreiungstag“ in einer Aufwärtsbewegung. Der deutlichen Korrektur im April folgte eine ebenso deutliche Erholung auf über 24.000 Zähler im Mai. In der zweiten Jahreshälfte ging der DAX in eine Seitwärtsbewegung über und beendete das Jahr bei 24.490 Punkten.

Die größten Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten im vergangenen Jahr wurden vermutlich durch den amerikanischen „Befreiungstag“ am 2. April 2025 ausgelöst. Der US-Präsident kündigte Zölle gegen eine Reihe von Ländern an, die mindestens 10 Prozent auf Importe für alle Länder vorsahen und für einzelne Länder deutlich höher ausfielen. Bezogen auf Schlusskurse gaben in Europa und den USA die Aktienmärkte innerhalb weniger Tage um über 10 Prozent nach. Die Renditen zehnjähriger US-Anleihen stiegen in den darauffolgenden Tagen in der Spitze um mehr als 25 Basispunkte, der Euro wertete um über 2,5 Prozent auf und der Ölpreis fiel angesichts der Aussichten auf eine geringere globale Nachfrage innerhalb weniger Tage um rund 16 Prozent. Zumindest vorübergehend schien das Vertrauen in den Status der US-Währung als sicherer Hafen beschädigt. Üblicherweise wertet der US-Dollar unter Finanzmarktstress auf und US-Anleihen gewinnen an Wert. Die heftige Reaktion der Finanzmärkte gilt aber auch als ein Grund, warum die US-Regierung zeitnah einlenkte und die Zölle nach einigen Tagen wieder aussetzte, um Verhandlungen mit den einzelnen Ländern einzuleiten. Die Ankündigung der Aussetzung der Zölle sorgte für eine deutliche Erholung an den Finanzmärkten mit Kursgewinnen.

Den Turbulenzen rund um den „Befreiungstag“ folgte weltweit eine Aufwärtsbewegung. Bezogen auf die Schlusskurse erreichte der DAX am 9. Oktober 2025 mit 24.611 Punkten den höchsten Stand des Jahres und schloss das Jahr nur leicht darunter, mit einem Plus von 23,01 Prozent im Jahresvergleich. Auch die europäischen Aktienmärkte beendeten das Jahr mit Gewinnen: Der Euro Stoxx 50 stieg im Jahresverlauf um 18,29 Prozent. Der französische CAC 40 verzeichnete ein Wachstum von 10,42 Prozent, wobei hier die politischen Unsicherheiten um die angeschlagene Regierung belasteten. Der italienische FTSE MIB erzielte ein Plus von 31,47 Prozent. Die amerikanischen Indizes entwickelten sich teilweise etwas schwächer als die europäischen: Der S&P 500 Composite legte um 16,39 Prozent zu, der Dow Jones Industrial Average stieg um 12,97 Prozent. Der Nasdaq Composite erzielte hingegen, getrieben von KI-Hoffnungen und den großen Technologieunternehmen, einen Zuwachs von 20,36 Prozent. Der britische FTSE 100 legte um 21,51 Prozent zu, der japanische Nikkei 225 stieg um 26,18 Prozent. Die hohen Kursgewinne führten zu erhöhten Bewertungen an den Aktienmärkten. Die Bewertung europäischer Aktien lag dabei über ihrem langfristigen Durchschnitt, während sich die Bewertung amerikanischer Aktien nahe ihrer historischen Höchststände bewegte.

Genossenschaftsbanken 2025

In herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Umfeld setzten die 646 Volksbanken und Raiffeisenbanken, PSD Banken, Sparda-Banken sowie die sonstigen Genossenschaftsbanken mit ihren über 30 Millionen Privat- und Firmenkunden ihren Wachstumskurs im Geschäftsjahr 2025 im Kredit- und Einlagengeschäft fort. Im Vergleich zum Vorjahr legte das Kreditgeschäft eine positivere Entwicklung hin.

Die bilanziellen Kundenforderungen nahmen im Geschäftsjahr 2025 um 30 Milliarden Euro auf 827 Milliarden Euro zu (+3,8 Prozent) und übertrafen damit den bereits robusten Vorjahreszuwachs (+2,6 Prozent im Jahr 2024). Treiber der Entwicklung waren insbesondere langfristige Finanzierungen. Auch das Einlagengeschäft der Genossenschaftsbanken verzeichnete ein solides Plus. Es erreichte zum Jahresende 925 Milliarden Euro (+3,7 Prozent). Die addierte Bilanzsumme aller Genossenschaftsbanken erhöhte sich um 32 Milliarden Euro auf 1.240 Milliarden Euro (+2,7 Prozent).

Die Kreditbestände legten in den beiden Geschäftsfeldern Privat- und Firmenkundengeschäft zu. Die Kredite an Privatkunden insgesamt wuchsen per Ende 2025 um 14 Milliarden Euro (+3,8 Prozent) auf 384 Milliarden Euro. Wohnbaukredite stellten auch in diesem Jahr mit 347 Milliarden Euro weiterhin 90 Prozent aller Kredite an Privatkunden. In diesem Segment ließ sich eine Zunahme um 14 Milliarden Euro oder 4,3 Prozent beobachten. Ferner sicherten sich auch Unternehmen und Selbständige sowie sonstige Firmenkunden angesichts der Unsicherheiten über den wirtschaftlichen Fortgang Liquidität und Kreditlinien über die Genossenschaftsbanken. Die Kredite an Firmenkunden und sonstige Kunden stiegen um 16 Milliarden Euro (+3,7 Prozent) auf 443 Milliarden Euro.

Für die Wohnbaufinanzierung ist weiterhin eine Aufwärtsbewegung zu beobachten. So verzeichneten die Genossenschaftsbanken ein kräftiges Wachstum bei den Wohnbaukrediten sowohl an Privat- als auch an Firmenkunden auf insgesamt 491 Milliarden Euro (+4,7 Prozent). Der Großteil dieses Anstiegs ließ sich auf Seiten des Privatkundengeschäfts verzeichnen. Die Wohnbaukredite an inländische Privatkunden wuchsen um 14 Milliarden Euro oder 4,3 Prozent auf ein Niveau von insgesamt 347 Milliarden Euro an. Trotz der gesamtwirtschaftlich betrachteten verhaltenen Erholung der Wohnungsbauinvestitionen stieg die Kreditnachfrage und die Inanspruchnahme von Kreditlinien allerdings auch auf der Firmenkundenseite. Hier verzeichneten die Genossenschaftsbanken im Betrachtungszeitraum einen Anstieg um 8 Milliarden Euro auf insgesamt 144 Milliarden Euro (+ 5,8 Prozent). Daten zum Neugeschäft der privaten Wohnbaufinanzierungen zeigten auch im vergangenen Jahr ein zweistelliges Wachstum und weisen auf eine andauernde Belegung am Wohnimmobilienmarkt hin. Im Vergleich zum Vorjahr stieg einer Stichprobe von Genossenschaftsbanken zufolge das Neugeschäft im zurückliegenden Geschäftsjahr um 20 Prozent. Auch wenn die Marktanteile bei den Kundenkrediten insgesamt einen leichten Rückgang um 0,1 Prozentpunkte auf 18,0 Prozent erfuhr, konnten die Genossenschaftsbanken ihre Marktanteile in den dazugehörigen Aggregaten dennoch ausweiten. So stieg der Privatkunden-Marktanteil leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 24,7 Prozent, der Kredit-Marktanteil bei nichtfinanziellen Unternehmen und wirtschaftlich Selbständigen erhöhte sich um 0,5 Prozentpunkte auf 23,5 Prozent. Der Marktanteil bei den wirtschaftlich Selbständigen (Gewerbekunden) legte ebenfalls leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 35,5 Prozent zu.

Insgesamt betrachtet konnten die Genossenschaftsbanken ihren Marktanteil im Kundeneinlagengeschäft im Vergleich zum Vorjahr auf einem Niveau von 18,6 Prozent halten. Gleiches gilt für die Sichteinlagen, bei denen die Kreditgenossenschaften ihren Marktanteil von 19,6 Prozent aufrechterhalten konnten. Die leichte Zunahme der Termineinlagen schlug sich auch in einem ebenfalls leicht gestiegenen Marktanteil in diesem Segment nieder. Hier konnten sich die Genossenschaftsbanken einen Marktanteil um 0,1 Prozentpunkte auf 13,1 Prozent für das Jahr 2025 sichern. Im Segment der Spareinlagen konnte der Marktanteil auf 32,2 Prozent ausgedehnt werden.

Die Kundeneinlagen der Genossenschaftsbanken legten im Jahr 2025 weiter zu und erreichten zum Jahresende 925 Milliarden Euro, ein Anstieg um 33 Milliarden Euro oder +3,7 Prozent. Damit setzte sich das robuste Einlagenwachstum bei den Genossenschaftsbanken fort.

Zulegen konnten vor allem die täglich fälligen Verbindlichkeiten, die einen kräftigen Anstieg um 35 Milliarden Euro oder 6,4 Prozent auf 589 Milliarden Euro verzeichneten. Die hohe Liquiditätspräferenz der Kundinnen und Kunden spiegelte sich damit in einem spürbaren Ausbau der Sichteinlagen wider. Die Umschichtung in höher verzinsten Termineinlagen fiel im Jahr 2025 deutlich verhaltener aus als im Vorjahr. Die Bestände an Termineinlagen erhöhten sich nur leicht auf 184 Milliarden Euro (+0,8 Prozent). Während kurzfristige Zinsvorteile im Jahr 2024 zu einem außergewöhnlich starken Anstieg der Termineinlagen geführt hatten, ließ dieser Effekt im Berichtsjahr 2025 nach, unter anderem bedingt durch die geldpolitischen Rahmenbedingungen im Euroraum.

Insgesamt haben sich die Genossenschaftsbanken im Einlagengeschäft auch 2025 gut behauptet. Das Wachstum bei den täglich fälligen Einlagen kompensierte die Rückgänge in den übrigen Segmenten deutlich. Die Einlagenstruktur spiegelt damit weiterhin eine ausgeprägte Liquiditätspräferenz der Kundinnen und Kunden wider, während die Nachfrage nach Einlageformen mit längeren Bindungsfristen aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus zurückging.

Die Genossenschaftsbanken haben im Jahr 2025 ihre verlässliche Eigenkapitalbasis, die die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik widerspiegelt, weiter gestärkt. Das bilanzielle Eigenkapital stieg um 2 Milliarden Euro oder 3,7 Prozent auf 69 Milliarden Euro. Sowohl ein Anstieg der Rücklagen als auch die Erhöhung der Geschäftsguthaben (gezeichnetes Kapital) leisteten hierzu einen Beitrag. Die Rücklagen legten um 3,3 Prozent auf 50 Milliarden Euro zu, die Geschäftsguthaben wuchsen um 4,8 Prozent auf 19 Milliarden Euro. Die robuste Eigenkapitalausstattung stellt sicher, dass die Genossenschaftsbanken auch künftig in der Lage sind, die Kreditwünsche ihrer Privat- und Firmenkunden umfassend zu bedienen, insbesondere in Hinblick auf wichtige Investitionsbereiche wie Wohnungsbau, energetische Sanierungen sowie Digitalisierung. Angesichts der anhaltenden konjunkturellen Unsicherheiten bleibt die stabile Eigenkapitalbasis ein zentraler Pfeiler für die Widerstandsfähigkeit der Genossenschaftsbanken.

Der Konsolidierungsprozess unter den Instituten setzte sich gegenüber dem Vorjahr in einem ähnlichen Umfang fort. Die Zahl der selbständigen Genossenschaftsbanken lag per Ende 2025 bei 646 Instituten. Sie sank fusionsbedingt um 26 Institute bzw. um -3,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 47 Banken betrieben neben dem Bankgeschäft auch das Warengeschäft (Vorjahr: 49 Institute).

Das Kundenverhalten im Bankgeschäft veränderte sich auch im Jahr 2025 weiter spürbar zugunsten digitaler Lösungen. Immer mehr Kundinnen und Kunden nutzten Online- und Mobile-Banking-Angebote für ihre alltäglichen Finanzgeschäfte und setzten verstärkt auf digitale Servicekanäle und Bezahlmöglichkeiten. Die Entwicklungen spiegeln den langfristigen Trend hin zu einer stärker digitalen Kundenbetreuung wider.

Die weiter voranschreitende Digitalisierung zeigt sich im Ergebnis auch in einem fortwährenden Strukturwandel bei den personenbesetzten Zweigstellen, deren Rückgang sich allerdings im Vergleich zu den Vorjahren merklich verlangsamt hat. Die Zahl der Zweigstellen sank im zurückliegenden Jahr auf 6.167 (Veränderung zum Vorjahr -144 Zweigstellen, -2,3 Prozent). Die Zahl der Bankstellen (Hauptstellen plus personenbesetzte Zweigstellen) sank um 170 (-2,4 Prozent) auf 6.813 Bankstellen. Die Zahl der SB-Stellen sank um -96 oder -2,7 Prozent auf 3.466 (Vorjahr: 3.562, Veränderung 2024/2023: -8,3 Prozent).

Im Betrachtungszeitraum 2025 sank die Zahl der Geldautomaten (GA) auf 13.791. Zum Vergleich: Ende 2024 gab es bei den Genossenschaftsbanken noch 14.297 GA. Die Anzahl der GA ist damit um 506 GA im Vergleich zu 2024 gesunken (-3,5 Prozent).

Aktuell beträgt die Zahl der Mitglieder der Genossenschaftsbanken 17,5 Millionen (Vorjahr 17,6 Millionen, Netto-Rückgang von gut -101.000 Mitgliedern, -0,6 Prozent).

Regionale Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern

Im Jahr 2025 zeigte sich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern insgesamt moderat stabil, wenngleich weiterhin strukturelle Herausforderungen bestehen. Die Arbeitslosenquote bewegte sich im Jahresverlauf überwiegend auf einem Niveau zwischen rund 7,6 Prozent und 8,0 Prozent und lag zum Jahresende bei etwa 8,0 Prozent, womit sie leicht über dem Vorjahresniveau, jedoch unter dem Bundestrend stabil blieb. Trotz einer insgesamt verhaltenen gesamtwirtschaftlichen Lage entwickelte sich das Bundesland robust: Nach Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder wuchs 2025 das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,4 Prozent und damit stärker als im Bundesdurchschnitt. Das produzierende Gewerbe entwickelte sich deutlich positiv. Die Bruttowertschöpfung stieg hier um 3,4 Prozent, im verarbeitenden Gewerbe sogar um 7,0 Prozent. Der Kaufkraftindex stieg gegenüber dem Vorjahr von 89,2 Prozent auf 89,5 Prozent.

2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung steuern wir die Entwicklung unseres Instituts auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen.

Betriebsergebnis vor Bewertung (mindestens 1,20 Prozent zur durchschnittlichen Bilanzsumme)

Cost Income Ratio (CIR) (kleiner 65 Prozent)

Gesamtkapitalquote (CRR) (mindestens 15,07 Prozent)

Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Betriebsergebnisses vor Bewertung zur durchschnittlichen Bilanzsumme (nachfolgend: "BE vor Bewertung/dBS") festgelegt. Die Kennzahl BE vor Bewertung/dBS misst die Ertragskraft der Bank in Relation zum Geschäftsvolumen, gemessen als durchschnittliche Bilanzsumme.

Als Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit / Effizienz oder Produktivität unseres Instituts wurde die Cost-Income-Ratio (nachfolgend: "CIR") bestimmt. Sie stellt das Verhältnis der Summe der ordentlichen Aufwendungen zur Summe der ordentlichen Erträge dar.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die aufsichtsrechtlich festgelegte Gesamtkapitalquote nach Artikel 92 Absatz 2 CRR. Sie stellt das Verhältnis der Summe der Eigenmittel zur Summe des Gesamtrisikobetrages dar.

Die Darstellung, Analyse und Beurteilung der einzelnen finanziellen Leistungsindikatoren erfolgen in den nächsten Abschnitten.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2025 stellt sich wie folgt dar:

Die maßgeblichen Ergebniseinflussgrößen des bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikators BE vor Bewertung / dBS sind der Zins- und Provisionsüberschuss sowie die Verwaltungsaufwendungen. Die Steuerung dieser Einflussgrößen basiert auf unserer Planung. Regelmäßig wird die mehrjährige Planung zum Ende des Geschäftsjahres für den nächsten 3-Jahreszeitraum überprüft und gegebenenfalls neueren Erkenntnissen und Erwartungen angepasst. Unterjährige Plananpassungen werden nur durchgeführt, wenn außergewöhnliche Ereignisse sowie erkennbare signifikante Abweichungen ein Festhalten an der bisherigen Planung als Steuerungsgrundlage nicht mehr als zielführend erachten lassen. Im Geschäftsjahr 2025 trat solch ein außergewöhnliches Ereignis nicht ein.

Im Ergebnis wurde bei einem überplanmäßigen Zinsüberschuss und gegenüber der Planung geringeren Verwaltungsaufwendungen ein mit 1,45 Prozent zur dBS über der Planung von 1,20 Prozent zur dBS liegendes Betriebsergebnis vor Bewertung erwirtschaftet. Zu dem überplanmäßigen Betriebsergebnis vor Bewertung trugen maßgeblich die geringen Verwaltungsaufwendungen bei.

Gegenüber der Planung fiel das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft positiver aus. In der Planung sind wir von einem Bewertungsaufwand in Höhe von 5,5 Mio. EUR ausgegangen. Der tatsächliche Aufwand zum Jahresende lag mit 4,3 Mio. EUR um rund 1,3 Mio. EUR unter dem Planwert. Darin enthalten sind saldiert Zuführungen zu den Pauschalwertberichtigungen nach IDW RS BFA 7 in Höhe von 0,5 Mio. EUR. Das Bewertungsergebnis bei den Wertpapieranlagen hat sich negativer entwickelt. Sind wir bei der Planaufstellung noch von einem Bewertungsertrag in Höhe von 241 TEUR ausgegangen, so war zum Jahresende ein negatives Bewertungsergebnis in Höhe von 101 TEUR bei den Eigenanlagen zu verzeichnen.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit liegt um 1,0 Mio. EUR unter dem des Vorjahres und wird mit 27,8 Mio. EUR als sehr gut bewertet.

Hauptsächlich aufgrund der Anpassung des Körperschaftsteuersatzes ab dem Jahr 2028 sind im Geschäftsjahr 2025 latente Steuern in Höhe von 2,3 Mio. EUR aufgelöst worden.

Die CIR lag im Geschäftsjahr 2025 bei 49,6 Prozent (Vorjahr: 46,5 Prozent).

Die Vermögenslage unserer Bank konnte im Geschäftsjahr 2025 durch Zuführungen aus dem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit verbessert werden.

Die aufsichtsrechtlich geforderte Gesamtkapitalquote unserer Bank beläuft sich zum 31. Dezember 2025 auf 17,7 Prozent (Vorjahr 17,3 Prozent). Bei einer zum Jahresultimo 2025 einzuhaltenden regulatorischen Kapitalanforderung inklusive Eigenmittelempfehlung von 15,1 Prozent besteht ausreichend Spielraum für aktives Kundengeschäft.

Die Entwicklung aller bedeutsamsten Leistungsindikatoren liegt im Rahmen unserer Erwartungen.

	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	2.166.252	2.074.718	91.533	4,4
Außerbilanzielle Geschäfte *)	198.260	178.792	19.468	10,9

*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) und Derivatgeschäfte.

Die Erhöhung der Bilanzsumme begründet sich im Wesentlichen durch den Anstieg der Kundeneinlagen.

Bei den außerbilanziellen Geschäften handelt es sich um Bankgeschäfte wie Avalkredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, zinsbezogene OTC-Geschäfte (Zinsswaps) und Credit Default Swaps aus getrennt bilanzierten Credit Linked Notes.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	1.085.528	1.002.082	83.446	8,3
Wertpapiieranlagen	783.013	766.257	16.757	2,2
Forderungen an Kreditinstitute	84.026	151.504	-67.478	-44,5

Die bilanziellen Kundenforderungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr. Ihr Anteil an der Bilanzsumme beträgt 50,1 Prozent. Sowohl bei den Firmenkunden als auch bei den privaten Baufinanzierungen stieg das Kreditvolumen deutlich an. Die Kundenforderungen sind nach Branchen und Größenklassen breit gefächert. Die größten Branchenanteile am gesamten Kreditvolumen haben die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, die Land- und Forstwirtschaft und die Erbringung von Unternehmensdienstleistungen.

Das Volumen der Forderungen an Kreditinstitute ging hauptsächlich durch die Finanzierungen der Forderungen an Kunden zurück. Der Bestand an Wertpapieren erhöhte sich insgesamt um 16,8 Mio. EUR, wobei sich der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um 9,3 Mio. EUR auf 378,2 Mio. EUR verringerte. Dieser Saldo setzt sich aus Wertpapiieranlagen des Anlagevermögens mit 231,9 Mio. EUR und Wertpapiieranlagen der Liquiditätsreserve mit 146,3 Mio. EUR zusammen. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren stieg um 26,0 Mio. EUR auf 404,8 Mio. EUR an. Er ist insgesamt dem Anlagevermögen zugeordnet. Weiterhin bestehen noch offene Zeichnungszusagen gegenüber verschiedenen Kapitalverwaltungsgesellschaften zum Ende des Geschäftsjahres in Höhe von 7,4 Mio. EUR.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	114.251	101.352	12.899	12,7
Spareinlagen	346.401	357.334	-10.933	-3,1
andere Einlagen	1.416.891	1.342.606	74.285	5,5

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen im Berichtsjahr zu. In dieser Position sind überwiegend zweckgebundene Einzelrefinanzierungen der Landwirtschaftlichen Rentenbank in Höhe von 38,4 Mio. EUR und der DZ BANK AG in Höhe von 73,8 Mio. EUR erfasst.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen im Berichtsjahr an. Die Spareinlagen gingen um 10,9 Mio. EUR auf 346,4 Mio. EUR zurück. Bei den anderen Einlagen stiegen die täglich fälligen Einlagen um 73,1 Mio. EUR auf 1.166,5 Mio. EUR, die Einlagen mit vereinbarten Laufzeiten erhöhten sich leicht um 1,1 Mio. EUR auf 250,4 Mio. EUR. Hauptgrund hierfür ist die vermehrte Nutzung unserer Kunden von Produkten mit attraktiven Konditionen.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	209	201	8	4,0
Vermittlungserträge	6.503	6.126	377	6,2
Erträge aus Zahlungsverkehr	10.853	10.837	16	0,2

Die Provisionserträge aus dem Vermittlungsgeschäft haben sich um 376,9 TEUR erhöht. Dabei wirkten sich insbesondere die gestiegenen Vermittlungsprovisionen von der Union Investment-Gruppe (+474,6 TEUR) aus.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

a) Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Genossenschaft haben sich im Vorjahresvergleich wie folgt entwickelt:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	44.702	44.643	60	0,1
Provisionsüberschuss ²⁾	15.937	15.810	128	0,8
Sonstige betriebliche Erträge	2.668	1.298	1.369	105,4
Verwaltungsaufwendungen	30.719	28.377	2.342	8,3
a) Personalaufwendungen	15.984	14.825	1.159	7,8
b) andere Verwaltungsaufwendungen	13.121	12.219	902	7,4
c) Abschreibungen	1.614	1.332	282	21,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	502	751	-249	-33,1
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾	32.086	32.623	-537	-1,6
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-4.330	-3.858	-472	12,2
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	27.756	28.765	-1.009	-3,5
Steueraufwand	10.579	5.894	4.685	79,5
davon Aufwand (+) / Ertrag (-) aus latenten Steuern	2.064	-1.924	3.988	-207,3
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	15.450	21.300	-5.850	-27,5
Jahresüberschuss	1.726	1.571	156	9,9
durchschnittliche Bilanzsumme ⁵⁾	2.132.003	2.022.669	109.334	5,4

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12

4) Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

5) Die durchschnittliche (Brutto-)Bilanzsumme (dBS) ist die Bilanzsumme gemäß der monatlichen Meldung aus der Bilanzstatistik.

Der Zinsüberschuss der Bank wird maßgeblich von den Erträgen aus Kundengeschäften (33.302,6 TEUR) sowie aus Eigenanlagen einschließlich der Zinserträge von Kreditinstituten (19.893,5 TEUR) geprägt. Bei den Erträgen aus Kundengeschäften verzeichneten wir einen Anstieg um 4.720,7 TEUR. Dieser Anstieg lässt sich durch eine Steigerung des Kundenkreditgeschäfts begründen. Bei den Erträgen aus Eigenanlagen verzeichnen wir eine Senkung um 3.648,9 TEUR. Maßgeblich für diese Senkung sind gefallene Zinsen bei Neuanlagen und einen gesenkter Leitzins der Europäischen Zentralbank. Die Zinsaufwendungen für Kreditinstitute und Kunden stiegen um 1.012,1 TEUR auf 8.493,7 TEUR.

Die Steigerung des Provisionsüberschusses liegt hauptsächlich an höheren Vermittlungsprovisionen aus Geschäften mit der Union Investment-Gruppe (+474,6 TEUR) und aus höhere Provisionsaufwendungen für Kreditvermittlungen (+162,1 TEUR).

Die Erhöhung der anderen Verwaltungsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr begründet sich vor allem aus den gestiegenen Gebühren für die Datenverarbeitung (+401,7 TEUR) und den Kosten aus Prüfungs- und Beratungsleistungen (+470,8 TEUR), während die Beiträge an Verbände (-314,9 TEUR) zurückgegangen sind.

Der Anstieg der Personalaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus Anpassungen der Mitarbeitergehälter aufgrund des Beitritts zum Arbeitgeberverband der Volks- und Raiffeisenbanken.

Das Bewertungsergebnis liegt leicht über dem Vorjahreswert. Ursache ist der vorzeitige Verkauf von Schuldscheindarlehen aus Forderungen an Kreditinstituten aufgrund der geringen Verzinsung.

Von dem Wertpapierbestand des Anlagenvermögens sind 30,4 Prozent nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Bei diesen Wertpapieren sind außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund marktpreisbezogener Wertveränderungen in Höhe von 10,3 Mio. EUR unterblieben, da Störungen der Zins- und Tilgungsleistungen bei den betreffenden Wertpapieren nach unserer derzeitigen Einschätzung nicht zu erwarten sind. Die stillen Lasten sind ausschließlich zinsinduziert.

Der Steueraufwand vom Einkommen und vom Ertrag ist mit einem Betrag von 10.541,4 TEUR belegt. Darin sind Aufwendungen aus der Auflösung latenter Steuern in Höhe von 2.064,0 TEUR enthalten. Der Steueraufwand aus dem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit beträgt 8.477,4 TEUR.

Durch die Einstellung von 15.450,0 TEUR in den Fonds für allgemeine Bankrisiken erfolgt eine weitere Stärkung des Kernkapitals im Hinblick auf die zukünftigen Eigenmittelanforderungen für Kreditinstitute.

Aus dem Jahresüberschuss sehen wir die satzungsgemäße Dotierung der Rücklagen und eine Dividendenzahlung in Höhe von 4,0 Prozent zzgl. einem Bonus von 2,0 Prozent vor.

b) Finanzlage

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur ist maßgeblich durch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (1.763,3 Mio. EUR) gekennzeichnet, die einen Anteil von 81,4 Prozent der Passiva aufweisen. Das Volumen der bei Kreditinstituten aufgenommenen zweckgebundenen Finanzierungsmittel beträgt 113,5 Mio. EUR bzw. 5,2 Prozent der Bilanzsumme.

Investitionen

Im Geschäftsjahr nahmen wir turnusmäßig Modernisierungen und Instandhaltungsmaßnahmen in unseren Geschäftsstellen sowie Ersatzinvestitionen in den Bereichen der SB- und Bürotechnik sowie bei Fahrzeugen vor. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr für Investitionen 2.853,9 TEUR aufgewandt, davon für Betriebs- und Geschäftsausstattung 1.991,7 TEUR. Zur Unterhaltung des betriebsbedingten Sachanlagevermögens wurden Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von 1.327,1 TEUR getätigt, weitere 143,9 TEUR für die Unterhaltung des bankfremden Sachanlagevermögens, das überwiegend aus vermieteten Wohnungen besteht.

Liquidität

Die Geschäfts- und Refinanzierungsstruktur der Bank ist maßgeblich geprägt durch das Kundeneinlagengeschäft als Basis der Liquiditätsausstattung. Die Zahlungsfähigkeit unseres Instituts war im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Art, Höhe und Fristigkeit jederzeit gegeben. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) und der Net Stable Funding Ratio (NSFR) wiesen im Berichtszeitraum einen Wert von mindestens 100,0 Prozent aus. Weitere Überprüfungen der untermonatlichen Berechnung der LCR und der NSFR ergaben ebenfalls keine Unterschreitung der Mindestquote von 100,0 Prozent im Berichtszeitraum. Zum Jahresultimo lagen die LCR bei 224,6 Prozent und die NSFR bei 125,4 Prozent.

Bei Liquiditätsschwankungen kann die Bank auf hochliquide Aktiva und ausreichende Liquiditätsreserven, auch in Form von Bankguthaben, zurückgreifen. Durch die Einbindung in die genossenschaftliche Finanzgruppe und die Refinanzierungsfazilitäten der EZB bestehen weitere Refinanzierungsmöglichkeiten.

Vor diesem Hintergrund ist die Fähigkeit der Kreditgenossenschaft zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen jederzeit gesichert.

Außerplanmäßige Liquiditätsbelastungen aus außerbilanziellen Verpflichtungen haben sich nicht ergeben.

c) Vermögenslage

Die Eigenkapitalstruktur der Bank ist geprägt von Geschäftsguthaben der Mitglieder, erwirtschafteten Rücklagen und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken. Im Geschäftsjahr wurde das Eigenkapital durch Zuführung zu den Rücklagen und zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gestärkt.

Die in unserem Institut getroffenen Vorkehrungen zur ordnungsgemäßen Ermittlung des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals im Rahmen der bankaufsichtlichen Meldungen sind angemessen. Nach den vertraglichen sowie satzungsmäßigen Regelungen erfüllen die angesetzten Kapitalinstrumente die Anforderungen der CRR zur Anrechnung als aufsichtsrechtlich anerkanntes Kern- und Ergänzungskapital.

Die relevanten Vorgaben des KWG sowie der CRR wurden im Geschäftsjahr eingehalten.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG beläuft sich auf 0,08 %.

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Kapitalquoten stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapital laut Bilanz ¹⁾	279.261	261.262	17.999	6,9
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	279.014	254.222	24.791	9,8
Harte Kernkapitalquote	16,6 %	16,1 %		
Kernkapitalquote	16,6 %	16,1 %		
Gesamtkapitalquote	17,7 %	17,3 %		

¹⁾ Hierzu rechnen die Passivposten 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).

Die Quote des bilanziellen Eigenkapitals unter Einbeziehung der in der obiger Tabelle einbezogenen Passivposten zur Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 12,9 Prozent (Vorjahr 12,6 Prozent).

Die Wertpapieranlagen der Genossenschaft entwickelten sich wie folgt:

Wertpapieranlagen	Berichtsjahr	2024	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	636.678	640.921	-4.244	-0,7
Liquiditätsreserve	146.336	125.335	21.000	16,8

Unsere Wertpapieranlagen erhöhten sich zum Bilanzstichtag auf insgesamt 783,0 Mio. EUR und haben einen Anteil von 36,2 Prozent an der Bilanzsumme. Von den Wertpapieranlagen entfällt ein Anteil von 48,3 Prozent auf Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) und von 51,7 Prozent auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6).

Die im Bestand befindlichen Wertpapiere im Aktivposten 5 wurden in Höhe von 144,2 Mio. EUR dem Umlaufvermögen und in Höhe von 230,4 Mio. EUR dem Anlagevermögen zugeordnet. Nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet wurden zusätzlich zu den Wertpapieren des Umlaufvermögens 37,4 Mio. EUR der dem Anlagevermögen zugeordneten Wertpapiere. Der Aktivposten 6 beinhaltet ausschließlich die Anteile an unserem Spezialfonds VR-Dachfonds Nr. 1 in Höhe von 404,8 Mio. EUR, die dem Anlagevermögen zugeordnet und wie Umlaufvermögen bewertet sind.

Bei den nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewerteten Wertpapieren wurden im Geschäftsjahr Abschreibungen in Höhe von 10,3 Mio. EUR (Vorjahr 14,5 Mio. EUR) vermieden.

5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Unsere Bank versteht sich als mittelständisches Unternehmen aus der Region für die Region mit Fokus auf das Privatkundengeschäft und den gewerblichen Mittelstand.

Sie verfügt über eine den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechende Vermögenslage. Aus dem Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres nehmen wir eine der Kapitalplanung und den strategischen Anforderungen entsprechende weitere Eigenkapitaldotierung vor. Die Eigenmittelausstattung der Bank übersteigt zum Geschäftsjahresende die von der Aufsicht geforderte Gesamtkapitalquote. Die Finanz- und Liquiditätslage unserer Bank entspricht ebenfalls den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen. Für erkennbare Risiken in den Kundenforderungen wurden Wertberichtigungen gebildet und dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug einer Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen worden.

Zusammenfassend beurteilen wir die Ertragslage für das abgelaufene Geschäftsjahr als sehr gut. Bei dieser Beurteilung wird auf die betriebswirtschaftliche Ertragslage, beurteilt anhand des Betriebsergebnisses vor Bewertung zur dBS, abgestellt. Bei einem überplanmäßigen Zinsüberschuss sowie gegenüber der Planung geringeren Verwaltungsaufwendungen wurde ein deutlich über der konservativen Planung liegendes Betriebsergebnis vor Bewertung erwirtschaftet. In der weiteren handelsrechtlichen Ergebnisrechnung haben sodann insbesondere die sich saldiert ergebenden Bewertungsaufwendungen aus dem Kundenkreditgeschäft belastend auf die Ertragslage ausgewirkt. Die Bewertung der Eigenanlagen hat im Geschäftsjahr 2025 ebenfalls mit einem leicht negativen Ergebnisbeitrag abgeschlossen.

Von dem Wertpapierbestand des Anlagenvermögens sind 30,4 % nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Bei diesen Wertpapieren sind außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund marktpreisbezogener Wertveränderungen in Höhe von 10,3 Mio. EUR unterblieben, da Störungen der Zins- und Tilgungsleistungen bei den betreffenden Wertpapieren nach unserer derzeitigen Einschätzung nicht zu erwarten sind. Die stillen Lasten sind ausschließlich zinsinduziert.

Im Geschäftsjahr konnten nicht alle Vertriebsziele (bspw. Bausparen, TeamBank und VR Smart Finanz) erreicht werden. Im Privatkundengeschäft als auch im Geschäft mit unseren gewerblichen Kunden wurden einige Vertriebsziele überschritten (z.Bsp. R+V Sachversicherungen und Union Investment). Anlagesuchende Kundengelder werden seit Jahren bevorzugt in die genossenschaftliche FinanzGruppe vermittelt. Das gesamte Kundenwertvolumen erreichte zum Jahresultimo 2025 einen Stand von 4.239,9 Mio. EUR und wuchs damit gegenüber dem Vorjahr um 200,1 Mio. EUR oder 5,0 Prozent an.

C. Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem und -prozess

Die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems wird durch unsere vom Gesamtvorstand festgelegte Geschäfts- und Risikostrategie bestimmt. Hierin sind die strategischen Unternehmensziele unserer Bank und unsere geplanten Maßnahmen zur Sicherung des langfristigen Unternehmenserfolgs beschrieben sowie das Grundverständnis des Vorstandes zu den wesentlichen Fragen der Geschäftspolitik dokumentiert. Zur Steuerung der mit der Umsetzung der Geschäfts- und Risikostrategie verbundenen Risiken hat der Vorstand mehrere hierzu konsistente Teilstrategien verabschiedet.

Konsistent zu unserer Geschäfts- und Risikostrategie wurde eine Unternehmensplanung entwickelt, die eine langfristige und umfassende Begleitung unserer Mitglieder und Kunden im Hinblick auf Finanzierungswünsche, Vermögensanlagen und Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sicherstellt.

Mit Hilfe einer strategischen Eckwert- und Kapitalplanung für einen Zeitraum von 3 Jahren steuern wir die Entwicklung unseres Instituts. Die Annahmen für die Markt- und Volumensentwicklungen erfolgen hierbei durch Experten auf Basis von Marktprognosen. Die abgeleiteten Ertrags- und Vermögenswirkungen werden anhand von Simulationsrechnungen mit Unterstützung der Steuerungssoftware VR-Control ermittelt.

Die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Teilstrategien werden im Rahmen des von uns festgelegten Strategieprozesses regelmäßig überprüft. Das von der Bank verwendete Strategiemodell zeigt den organisatorischen Rahmen für die Strategie(über)prüfung und für die Vernetzung der strategischen und operativen Gesamtbanksteuerung auf.

Die Unternehmensleitung trägt für das Risikomanagement die Gesamtverantwortung. Dabei wird sie durch den Bereich Unternehmenssteuerung bei risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Geschäfts- und Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zum Controlling und Management von Risiken, unterstützt. Der Bereich Unternehmenssteuerung ist zuständig für die Entwicklung von Grundsätzen, Methoden und Standards des Risikocontrollings, bei der sich auf die Verfahrensentwicklung in der genossenschaftlichen FinanzGruppe gestützt wird. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion im Sinne der MaRisk wurde der Leiterin Unternehmenssteuerung übertragen.

Aufgabe des Risikomanagements ist nicht die vollständige Vermeidung von Risiken, sondern die bewusste und gesteuerte Übernahme von Risiken in einzelnen Geschäftsfeldern. Dabei beachten wir folgende Grundsätze:

- Verzicht auf Geschäfte, deren Risiken vor dem Hintergrund der Risiko- und Liquiditätstragfähigkeit und der Risikostrategie unserer Bank nicht vertretbar sind
- die zur Risikotragfähigkeitssteuerung eingesetzten Methoden und Verfahren berücksichtigen sowohl die Fortführung unseres Instituts durch die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen und Kapitalvorgaben (normative Perspektive) als auch den Schutz unserer Gläubiger vor Verlusten aus ökonomischer Sicht

- systematisches Eingehen von Geschäftspositionen, bei denen Ertragschancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis zueinanderstehen
- Risikobegrenzung durch Übertragung nicht strategiekonformer Risiken auf andere Marktteilnehmer (beispielsweise über Versicherungsverträge)
- Begrenzung von Risikokonzentrationen, außer den bewusst tolerierten, die aus dem strategischen Verbundgedanken und den Gegebenheiten des Regionalprinzips resultieren; zudem werden Konzentrationen, die sich aus der strategischen Ausrichtung der Bank ergeben (z. B. Besicherung mit Grundpfandrechten), akzeptiert
- Schadensbegrenzung durch aktives Management der operationellen Risiken
- Verwendung rechtlich geprüfter Verträge

Wir haben ein System zur Früherkennung von Risiken implementiert. Vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte im Bankgeschäft sehen wir dies als eine zentrale Aufgabe an. Die zuständigen Organisationseinheiten berichten unmittelbar an den Vorstand. In diesem Rahmen sind ein Risikocontrolling- und -managementsystem mit entsprechenden Instrumenten eingerichtet, um bei Bedarf gegensteuernde Maßnahmen einleiten zu können.

Unsere Entscheidungsträger werden durch das interne Berichtssystem über die Geschäfts- und Risikoentwicklung frühzeitig informiert um Maßnahmen zur Gegensteuerung ergreifen zu können.

Zum Zwecke der Risikoberichterstattung sind feste Kommunikationswege und Informationsempfänger bestimmt. Die für die Risikosteuerung relevanten Daten werden vom Bereich Unternehmenssteuerung zu einem internen Berichtswesen aufbereitet und verdichtet. Die Informationsweitergabe erfolgt dabei sowohl im Rahmen einer regelmäßigen als auch in Form einer anlassbezogenen Risikoberichterstattung.

Das regelmäßige Berichtswesen umfasst unter anderem die Risikotragfähigkeitsberechnung, Informationen zu Limitauslastungen sowie Detailansichten zu den wesentlichen Risiken und bildet die Basis für Abweichungsanalysen (Soll-Ist-Vergleiche). Es dient als Grundlage für die Ableitung und Bewertung von Handlungsalternativen sowie für die Entscheidung und Umsetzung von Maßnahmen zur Risikosteuerung.

Die Bank überprüft die Risikoüberwachung regelmäßig, insbesondere mit Blick auf aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen und das Geschäftsmodell, um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken auf hohem Niveau zu halten. Hierdurch werden Entscheidungsprozesse risikoorientiert unterstützt. Die Interne Revision überwacht die Methoden, Systeme und Prozesse zum Risikomanagement im Rahmen ihrer laufenden Prüfungshandlungen.

Risikotragfähigkeit und Liquiditätstragfähigkeit

Die Planung und Steuerung der Risiken erfolgt auf Basis der Risiko- und Liquiditätstragfähigkeit der Bank unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie. Unsere zur Risikotragfähigkeitssteuerung eingesetzten Methoden und Verfahren berücksichtigen somit das Ziel der Fortführung unseres Instituts (normative Perspektive) als auch den Schutz unserer Gläubiger vor Verlusten aus ökonomischer Sicht (ökonomische Perspektive).

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive, die einen periodischen Steuerungskreis darstellt, zielt auf die Fortführung der operativen Geschäftstätigkeit. In der normativen Perspektive betrachten wir die Einhaltung regulatorischer Anforderungen. Diese umfassen insbesondere die Kapitalgrößen wie Kapitalanforderungen sowie Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals wie beispielsweise die Höchstverschuldungsquote und die Großkreditgrenzen. Die Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, sofern der ermittelte Kapitalbedarf die Einhaltung der Mindesteigenkapitalquoten bewirkt und sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals erfüllt werden.

Die normative Perspektive bilden wir ausgehend von der Gesamtbankplanung über einen Zeithorizont von 3 Jahren ab. In dieser wird die Entwicklung des regulatorischen Kapitalbedarfs im Rahmen einer mehrjährigen Kapitalplanung bestimmt. Dabei werden die geplante Entwicklung der eigenen Geschäftstätigkeit bzw. der strategischen Ziele sowie Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds und der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, die sich auf den regulatorischen Kapitalbedarf auswirken, berücksichtigt.

Neben einem Planszenario werden mögliche abweichende Entwicklungen wie Bonitätsverschlechterungen im Kundenkreditgeschäft in einem adversen Szenario berücksichtigt.

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive ist auf Grundlage der verwendeten Verfahren gegeben. Die Mindestkapitalquoten werden auch unter Berücksichtigung des adversen Szenarios eingehalten.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive zielt auf den Schutz der Gläubiger ab. In der ökonomischen Perspektive, die in unserem Institut barwertig ermittelt wird, werden das Risikodeckungspotenzial und die konsistent dazu ökonomisch ermittelten Risiken gegenübergestellt. Die ökonomische Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, wenn die barwertigen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend gedeckt sind. Die Bewertung des Risikodeckungspotenzials erfolgt unabhängig von Rechnungslegungskonventionen und aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen.

Ausgangspunkt bei der barwertigen Ermittlung des Risikodeckungspotenzials ist der Barwert (Marktwert) sämtlicher Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Dabei werden auch außerbilanzielle Größen berücksichtigt.

Auf Basis des ermittelten Risikodeckungspotenzials legen wir im Rahmen unseres Strategie- und Limitierungsprozesses einmal im Jahr unser Gesamtbankrisikolimit fest. Wir stellen dabei sicher, dass genügend freies Risikodeckungspotenzial zur Verfügung steht, um zukünftige Wertschwankungen aufzufangen.

Die Risikomessung für die in der ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risikoklassen erfolgt mithilfe geeigneter Value-at-Risk (VaR)-Modelle mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent mit einem Risikobetrachtungshorizont von einem Jahr. Bei den Risikoklassen, für die kein statistisches Verlustverteilungsmodell verwendet wird, erfolgt eine expertenbasierte Risikoeinschätzung, die dem Ausmaß nach dem 99,9 Prozent-Quantil entspricht.

Die Risikoaggregation erfolgte ohne Berücksichtigung von Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten additiv.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive war auf der Grundlage der verwendeten Verfahren und des vorhandenen Risikodeckungspotenzials gegeben und stellte sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:

Risikodeckungspotenzial 424,3 Mio. EUR

Gesamtbankrisikolimit 190,0 Mio. EUR

Gesamtbankrisiko 131,9 Mio. EUR

Die Auslastung des Gesamtbankrisikolimits betrug zum Bilanzstichtag 69,4 Prozent.

Die Ermittlung der Liquiditätstragfähigkeit erfolgt ebenfalls in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive anhand von aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen sowie einer Überwachung des Überlebenshorizonts.

Die Ermittlung der Liquiditätstragfähigkeit erfolgt ebenfalls in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive anhand von aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen sowie einer Überwachung des Überlebenshorizonts.

In der normativen Perspektive wird das Ziel verfolgt, kurzfristig und in unserer mehrjährigen Geschäftsplanung die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen einzuhalten. Dazu werden hochliquide Vermögenswerte den aufsichtsrechtlichen Nettomittelabflüssen gegenübergestellt. Für die Steuerung der normativen Liquiditätstragfähigkeit verwenden wir die aufsichtsrechtlich vorgegebene Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR). Das bankintern festgelegte Ambitionsniveau der LCR mit 130 Prozent wurde zum Berichtsstichtag mit 224,6 Prozent deutlich eingehalten.

Zusätzlich wird die Net Stable Funding Ratio (NSFR) als normative Mindestgröße in der Banksteuerung berücksichtigt. Diese zeigt das Verhältnis von verfügbarer zur erforderlichen stabilen Refinanzierung auf. Die NSFR betrug zum Berichtsstichtag 125,4 Prozent bei einem Ambitionsniveau von 115 Prozent.

In der ökonomischen Perspektive werden vierteljährlich neben der Plan-Liquiditätsablaufbilanz Stress-Liquiditätsablaufbilanzen erstellt. Diese berücksichtigen die Liquiditätsauswirkungen von institutseigenen und marktweiten Ursachen sowie eine Kombination daraus. Wir haben einen Mindest-Überlebenshorizont von 12 Monaten für die Stress-Liquiditätsablaufbilanzen definiert, dieser wurde im Berichtszeitraum nicht unterschritten.

Die Offenlegung der Risikomanagementziele und -politik entsprechen den Anforderungen des Artikels 435 CRR.

Die Risikomanagementziele und -strategien werden dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

Die eingerichteten Systeme und Verfahren des Risikomanagements sind dem Profil und der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank sowie ihrer Größe angemessen und entsprechen den Anforderungen der MaRisk.

Risiken

Als Risiko definieren wir die negative Abweichung vom erwarteten Ergebnis bzw. Planwert aufgrund von Unsicherheit. Zur Beurteilung der Wesentlichkeit von möglichen Risiken wird jährlich eine ganzheitliche Risikoinventur durchgeführt sowie nötigenfalls anlassbezogen. Dabei werden auch übergreifende Risiken wie das Modell-, Reputations- und Nachhaltigkeitsrisiko sowie Risikokonzentrationen in der Wesentlichkeitsbewertung der einzelnen Risikoklassen berücksichtigt.

Zum Abschlussstichtag werden das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko, das Liquiditätsrisiko sowie das Immobilienrisiko und das Beteiligungsrisiko als wesentliche Risiken bewertet.

Für unsere Risikobeurteilung zum Abschlussstichtag legen wir konsistent zum Prognosezeitraum einen Zeitraum von einem Jahr zu Grunde, in dem auch das Vorliegen von bestandsgefährdenden Risiken beurteilt wird.

Bestandsgefährdende Risiken (wesentliche Risiken mit hohen Auswirkungen) liegen für den hier zugrunde gelegten Beurteilungszeitraum von einem Jahr nicht vor.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko beschreibt die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls von Geschäftspartnern, der Ratingmigration und / oder der adressbezogenen Spreadveränderung über das erwartete Maß hinaus entstehen. Es umfasst das Kreditrisiko im Kundengeschäft und im Eigengeschäft sowie weitere Kreditrisiken wie beispielsweise das Ländertransferrisiko.

Das Kreditrisiko stufen wir als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich hoch ein. Auf Grundlage der Risikoinventur unseres Instituts kann das Risiko mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten und hat ein hohes Schadenspotenzial mit entsprechend wesentlicher Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Zur Steuerung des Kreditrisikos setzen wir im Kundengeschäft Ratingsysteme zur Beurteilung der Bonität einzelner Engagements ein (im wesentlichen VR-Rating). Zur Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet die Bank vorrangig die Verfahren der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Um die Spezifika der einzelnen Kundensegmente abbilden zu können sind für unterschiedliche Kundensegmente separate Ratingverfahren im Einsatz.

Bei den Eigenanlagen nutzen wir Informationen von der DZ BANK AG, Ratingklassifizierungen von Ratingagenturen und Risikoinformationen der Union Investment-Gruppe. Auch hier werden die Risikoentwicklungen im Rahmen von VR-Control über ein Portfoliomodell überwacht.

Turbulenzen an den Finanzmärkten begegnen wir durch eine breite Streuung der Eigenanlagen, Diversifikation in viele Anlageklassen und die Beschränkung auf gute Bonitäten.

Gemäß unseren Grundsätzen zur Risikosteuerung nehmen wir zur Absicherung von Kreditrisiken im Kundenkreditgeschäft werthaltige Sicherheiten herein. Ratingnoten und Sicherheiten fließen hier in alle relevanten Kreditprozesse ein, von der Kreditvergabe bis zur Kreditüberwachung.

Neben der Steuerung von Kreditrisiken auf Kundenebene nehmen wir die Steuerung auch auf Portfolioebene vor. Zu diesem Zweck ist ein Limitsystem, unter anderem bezogen auf die Risikokonzentration in Branchen, Größenklassen und Bonitäten, implementiert. Im Rahmen der Kreditrisikosteuerung wird das Portfolio sowohl nach Bonitätsklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten und weiteren Risikotreibern sowie deren Entwicklungen analysiert und die Einhaltung des Limitsystems überwacht. Zur Begrenzung der Einzelemittentenrisiken werden Kontrahenten- und Emittentenlimite (Geschäftspartnerlimite) beschlossen. Vorstand und Aufsichtsrat werden monatlich bzw. quartalsweise über die Entwicklung des Portfolios sowie über die Auslastung der Einzel- und Strukturlimite informiert.

Daneben stellen die Mindestanforderungen an die Kreditvergabe risikobegrenzende Maßnahmen beim Einzelgeschäft dar. Kreditentscheidungen werden in Abhängigkeit vom Risikogehalt über unterschiedliche Kompetenzstufen getroffen. Die Bewertung der Kreditengagements und gegebenenfalls die Bildung einer Risikovorsorge erfolgen in Übereinstimmung mit den handelsrechtlichen Vorschriften. Als zentrales Kriterium für die Prüfung der akuten Ausfallrisiken wird die Nachhaltigkeit der Kapitaldienstfähigkeit herangezogen. Die Bank prüft die Bildung von Risikovorsorge bei Vorliegen von Frühwarnsignalen und Ausfallkriterien. Sanierungsbedürftige und notleidende Engagements werden in einem marktunabhängigen Bereich betreut bzw. überwacht.

Mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Kundengeschäfte (KPM-KG barwertig) unter VR-Control ermitteln wir einen unerwarteten Verlust (Credit-Value-at-Risk) aus dem Kundenkreditgeschäft. Die Berechnung erfolgt auf Basis von Kreditrisikoprämien in einem mehrstufigen Verfahren, dem sowohl die modellierten Verluste auf Basis des LGD-Modells als auch Ausfallwahrscheinlichkeiten und Sektorparameter zugrunde liegen. Auf dieser Basis ergibt sich zum 31. Dezember 2025 ein Credit-Value-at-Risk (CVaR) für die nächsten 12 Monate in Höhe von 12,4 Mio. EUR. Das entspricht einer Auslastung von 72,8 Prozent des für dieses Risiko bestehenden Teillimits.

Das Kreditrisiko bei Eigenanlagen wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitskonzeption der Bank mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Eigengeschäfte (KPM-EG) ermittelt. Grundlage der Berechnungen sind verschiedene Marktpartnersegmente, differenzierte Spread- und Ratingmigrationen, Spreadverteilungen sowie Migrationsmatrizen. Die Ermittlung des unerwarteten Verlustes (Risikoszenario) basiert auf einer Haltedauer von 250 Tagen. Für das Eigengeschäft ergibt sich auf dieser Basis zum 31. Dezember 2025 ein CVaR für die nächsten 12 Monate in Höhe von 28,8 Mio. EUR. Dies entspricht einer Auslastung von 68,6 Prozent des für dieses Risiko bestehenden Teillimits.

Adressenausfallrisiken aus Fonds werden mittels einer von der Kapitalanlagegesellschaft ermittelten Ex-ante-Value-at-Risk-Kennziffer berücksichtigt, die nur das Adressenausfallrisiko abbildet. Das Marktpreisrisiko des Fonds berücksichtigen wir mittels einer separaten Ex-ante-Value-at-Risk-Kennziffer. Für die Fonds ergeben sich auf dieser Basis zum 31. Dezember 2025 Adressenausfallrisiken in Höhe von 9,3 Mio. EUR. Dies entspricht einer Auslastung von 44,1 Prozent des für dieses Risiko bestehenden Teillimits.

Marktpreisrisiken bzw. Marktrisiken

Das Marktrisiko beschreibt das Risiko, dass aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussender Parameter Verluste entstehen können.

Marktrisiken umfassen Zinsänderungs-, Aktien- und Währungsrisiken sowie sonstige Marktrisiken.

Das Marktrisiko stuft die Bank anhand der Risikoinventur als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich hoch ein, mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit und einem hohen potenziellen Schaden, der sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage maßgeblich auswirken kann.

Das Zinsänderungsrisiko wird als Value-at-Risk (VaR) mit einem Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 Prozent auf Basis einer historischen Simulation ermittelt. Dabei wird zuerst aus einer Historie ab 2007 ein Zeitfenster mit der höchsten Varianz der Barwertänderungen für einen Zeitraum von 750 Handelstagen ermittelt. Bei der Ermittlung des Zeitfensters wird auf die Konsistenz zur Marktrisikomessung aus Fonds geachtet. Anhand des ermittelten Zeitfensters wird eine VaR-Simulation skaliert mittels eines Resampling durchgeführt. Der ermittelte VaR-Wert wird auf Korrekturen aufgrund möglicher Nichtlinearitäten geprüft.

Die Marktrisiken aus Fonds (umfassen neben Zinsänderungsrisiken auch Aktien, Immobilien, Beteiligungs- und Währungsrisiken) werden über VaR-Kennziffern ermittelt, die durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Dabei wird auf eine konsistente Ermittlung der Risiken zum eigenen Zinsbuch geachtet.

Zum 31. Dezember 2025 wurden Marktrisiken in Höhe von 76,9 Mio. EUR ermittelt, was einer Auslastung von 74,0 Prozent des für dieses Risiko bestehenden Teillimits entspricht.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken können in Form des Zahlungsunfähigkeitsrisikos, des Refinanzierungskostenrisikos und des Marktliquiditätsrisikos auftreten.

Zahlungsunfähigkeitsrisiken treten ein, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können. Refinanzierungskostenrisiken entstehen, wenn die Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann oder die Refinanzierungsmittel nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. Marktliquiditätsrisiken treten ein, wenn Anlagen nicht zum gewünschten Zeitpunkt oder in der geplanten Höhe liquidiert werden können.

Die Bank erachtet das Liquiditätsrisiko insgesamt als wesentlich im Sinne des Aufsichtsrechts, betriebswirtschaftlich hingegen als niedriges Risiko. Zwar tritt das Risiko nach unserer Einschätzung mit lediglich geringer Wahrscheinlichkeit ein, zeichnet sich in Bezug auf die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage jedoch durch ein hohes Schadenspotenzial aus.

Ziel der Liquiditätsrisikosteuerung ist es sicherzustellen, dass wir Liquiditätsbedarf rechtzeitig erkennen und somit jederzeit den Zahlungsverpflichtungen in voller Höhe nachkommen können. Für die Übernahme der operativen Steuerung der Liquidität in Krisensituationen ist eine Liquiditätsmanagementfunktion eingerichtet, die mit entsprechenden Rechten zur Veräußerung liquider Aktiva ausgestattet ist. Des Weiteren erstellen wir zur Ableitung von Steuerungsmaßnahmen neben der täglichen Überwachung der LCR quartalsweise eine Liquiditätsübersicht für einen Zeitraum von 5 Jahren über sämtliche liquiditätswirksamen Zahlungsströme (Liquiditätsablaufbilanz).

Zur Begrenzung von Abruftrisiken sind Strukturlimite insbesondere für das Einlagengeschäft implementiert.

Operationelles Risiko

Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Verlusten und Risiken, die durch Prozess und Kontrollschwächen, technisches und / oder menschliches Versagen, Katastrophen oder durch sonstige externe Einflüsse hervorgerufen werden. Diese Definition schließt Rechtsrisiken und dolose Handlungen mit ein. Vermögensschäden rechnen wir nur dann den operationellen Risiken zu, wenn der eingetretene Schaden eindeutig und ausschließlich auf das Versagen von internen Verfahren, Menschen oder Systemen zurückzuführen ist. Die im Zusammenhang mit Adress- und Marktpreisrisiken auftretenden operationellen Risiken werden implizit bei diesen Risikoarten abgebildet.

Anhand der Risikoinventur stufen wir das operationelle Risiko als aufsichtsrechtlich wesentlich ein, betriebswirtschaftlich hingegen als gering.

Die Bank hat eine einheitliche Festlegung und Abgrenzung der operationellen Risiken zu den anderen betrachteten Risikokategorien vorgenommen und diese in den Organisationsrichtlinien fixiert und kommuniziert.

Die Abgrenzung umfasst auch den Umgang mit nicht eindeutig zuordenbaren Schadensfällen, Beinaheverlusten und damit zusammenhängenden Ereignissen.

Wesentliche operationelle Risiken werden jährlich identifiziert und analysiert. Hierzu wird auf eine Schadensfalldatenbank zurückgegriffen, in die eingetretene Schäden eingestellt werden.

Das IKT-Risiko stellt ein spezielles operationelles Risiko dar. Hier betrachten wir alle Risiken, die aus der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien entstehen, einschließlich Cyberangriffen, Systemausfällen, Datenverlusten und Schwachstellen in der Lieferkette. Es wurde ein systematische IKT-Risikomanagement implementiert.

Rechtlichen Risiken begegnen wir durch die Verwendung der im genossenschaftlichen FinanzVerbund entwickelten Formulare. Bei Rechtsstreitigkeiten binden wir rechtzeitig die Rechtsabteilung des Verbandes sowie gegebenenfalls Rechtsanwaltskanzleien zur Klärung von strittigen Angelegenheiten ein.

Aufsichtsrechtlich unterlegen wir die operationellen Risiken auf der Grundlage von Meldewerten aus der Finrep der vergangenen drei Jahre mit Eigenkapital. Für den Ansatz der operationellen Risiken im Limitsystem wird eine Monte-Carlo-Simulation angewendet, mit deren Hilfe das operationelle Risiko aus dem Quantil einer simulierten Schadensverteilung auf Basis des durchgeführten Self-Assessments bestimmt wird. Der VaR ergibt sich als Differenz des Quantils und des Erwartungswertes bei einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent. Das zum 31. Dezember 2025 ermittelte operationelle Risiko beläuft sich auf 4,5 Mio. EUR und führt zu einer Auslastung des für dieses Risiko bestehenden Teillimits von 75,8 Prozent.

Sonstige Risiken

Im Rahmen der Risikoinventur 2025 wurden auch Immobilien- und Beteiligungsrisiken aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich eingestuft, da sie mindestens eine der festgelegten Wesentlichkeitsschwellen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätsslage überschreiten.

Risiken, bezogen auf den Immobilienbestand der Bank, bestehen insbesondere in Form von Wertänderungs- und Ertragsrisiken.

Maßgeblich für die Risikomessung sind Immobilien im Direktbestand sowie in Immobilienfonds.

Die Immobilienfonds werden als Zielfonds im Dachfonds geführt. Ihre Risiken werden im Rahmen des Marktpreisrisikos ermittelt.

Zur Berechnung des Immobilienrisikos im Direktbestand wird im Rahmen der Risikotragfähigkeit ein von der parclT GmbH zur Verfügung gestelltes Risikomodel verwendet. Das Risiko wird über einen Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent berechnet und in Höhe von 2,7 Mio. EUR als Abzugsposten vom Risikodeckungspotenzial berücksichtigt.

Die Bank bewertet auch Risiken aus Beteiligungen. Darunter wird das Risiko verstanden, dass die eingegangenen Beteiligungen zu potenziellen Verlusten führen können. Entsprechende Verluste können etwa durch Dividendenausfall, Abschreibungen, Veräußerungsverluste, Verminderung der stillen Reserven oder des bereitgestellten Eigenkapitals sowie aus Ergebnisabführungsverträgen (Verlustübernahmen) oder aus Haftungsrisiken – beispielsweise in Form von Patronatserklärungen – entstehen.

Maßgeblich für die Risikomessung sind Beteiligungen im Direktbestand sowie in Beteiligungsfonds.

Die Beteiligungsfonds werden als Zielfonds im Dachfonds geführt. Ihre Risiken werden im Rahmen des Marktpreisrisikos ermittelt.

Die im Anlagebuch abgebildeten Beteiligungen im Direktbestand werden im Wesentlichen aus strategischen Erwägungen gehalten. Die Bonitätsentwicklung der Beteiligungen wird vierteljährlich überwacht. Die Risikomessung erfolgt über einen Multiplikatoransatz auf einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent, bei dem die Schwankungen – soweit vorhanden – aus tatsächlichen Marktschwankungen oder aus Stellvertreiterzeitreihen abgeleitet werden. Das ermittelte Risiko in Höhe von 3,3 Mio. EUR wird als Abzugsposten vom Risikodeckungspotenzial berücksichtigt.

Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zur Aussteuerung von Zinsänderungsrisiken nutzt die Bank Zinsswaps.

Zum Ende des Geschäftsjahrs 2025 werden neun Festzinsezahlerswaps mit einem Nominalvolumen von 92,0 Mio. EUR und ein Festzinsempfängerswap mit einem Nominalvolumen von 1,0 Mio. EUR mit Laufzeiten von ursprünglich bis zu 10 Jahren im Bestand gehalten. Hiermit sollen Zinsänderungsrisiken und -chancen gezielter gesteuert und Zinsänderungsrisiken auf ein geringeres Maß reduziert werden.

Zur Absicherung der Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus den Derivategeschäften wurden dem Kontrahenten zum Bilanzstichtag keine Sicherheiten in Form von Wertpapieren und Bargeld angedient bzw. gestellt.

Gesamtbild der Risikolage

Durch eine regelmäßige und ausführliche Berichterstattung werden Risiken rechtzeitig erkannt und können minimiert bzw. kurzfristig beseitigt werden. Die ständige Beobachtung unseres Marktes trägt dazu bei, Chancen kurzfristig umzusetzen.

Auf Grundlage unserer Verfahren des Risikomanagements zur Ermittlung der Risiken sowie des Risikodeckungspotenzials ist die Risikotragfähigkeit in beiden Perspektiven (ökonomisch und normativ) unter den von uns definierten Risikoszenarien in den von uns simulierten Risiko- bzw. Plan- und Stressszenarien gegeben. Die internen Simulationen kommen darüber hinaus zum Ergebnis, dass die Liquidität sichergestellt und die Eigenmittelanforderungen erfüllt werden.

Das zum 31. Dezember 2025 bestehende Gesamtbankrisikolimit der Bank ist zu 69,4 Prozent ausgelastet; sämtliche bestehende Teillimite sind eingehalten.

Bestandsgefährdende Risiken sind aufgrund der Zugehörigkeit zur kreditgenossenschaftlichen Sicherungseinrichtung nicht erkennbar.

Nach dem derzeitigen Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit angesichts der laufenden Ertragskraft und Vermögens- / Substanzsituation des Instituts auch im Berichtszeitraum 2026 / 2027 gegeben. Die dargestellten Risiken werden die künftige Entwicklung unserer Bank nicht wesentlich beeinträchtigen.

D. Prognosebericht

Nach unserer Prognose für 2026 gehen wir von folgender Entwicklung aus:

Unsere Prognoserechnung inkl. der zugrunde liegenden Annahmen haben wir vor Ausbruch des Nahost-Kriegs erstellt. Die Auswirkungen des Kriegsgeschehens und der damit einhergehenden Entwicklungen an den Energie-, Rohstoff- und Finanzmärkten auf die Geschäftstätigkeit und Wirtschaftlichkeit unserer Kunden, sowie auf die Wertentwicklung unserer Eigenanlagen lassen sich noch nicht vollumfänglich abschätzen. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Annahmen, die unserer Prognoserechnung zugrunde liegen, als nicht zutreffend erweisen. Insoweit sind die Prognosen mit Unwägbarkeiten behaftet. Wir analysieren laufend mögliche Auswirkungen auf die Bank und werden unsere Prognosen anpassen, soweit dies erforderlich ist.

Es ist zu erwarten, dass die negativen Auswirkungen für die Wirtschaftsleistung unserer Bank umso stärker sind, je länger der Nahost-Krieg anhält.

Unter Berücksichtigung der Entwicklungsannahmen für das Kundenkredit-, Eigenanlagen- und das Kundeneinlagengeschäft in Verbindung mit unserer Zinsprognose, die sich an der von der DZ BANK AG orientiert, wird von einem Anstieg des Zinsüberschusses auf 48,8 Mio. EUR ausgegangen.

Für 2026 und Folgejahre wird mit einem jährlich moderatem Wachstum des Provisionsüberschusses gerechnet, der aus dem Anstieg der Erträge aus dem Wertpapierbereich, insbesondere durch Bestandsausweitungen im Fondsgeschäft mit der Union Investment-Gruppe, getragen wird. Der geplante Provisionsüberschuss für 2026 wird mit 16,2 Mio. EUR angenommen und soll bis 2028 auf 17,1 Mio. EUR gesteigert werden.

Bei der Planung der Personalkosten wurde sowohl die Besetzung sämtlicher Stellenvakanzen als auch eine überproportionale Gehaltssteigerung aller Mitarbeitenden berücksichtigt, die die Inflationsentwicklung der vorangegangenen Jahre abbildet.

Der bestehende Investitionsplan der Bank wird bei den Verwaltungsaufwendungen 2026 ff. berücksichtigt. Es wird mit Kostensteigerungen gerechnet. Die anderen Verwaltungsaufwendungen werden 2026 mit 15,4 Mio. EUR geplant.

Für das Jahr 2026 wird ein gegenüber 2025 geringeres Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 29,3 Mio. EUR (1,32 % zur dBS) erwartet.

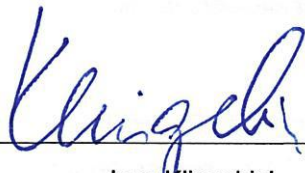
Die Cost-Income-Ratio (CIR) bildet die operative Ertragskraft der Bank ab, indem sie die ordentlichen Verwaltungsaufwendungen ins Verhältnis zu den ordentlichen Erträgen stellt. Für das Jahr 2026 haben wir einen gegenüber 2025 (50,7 Prozent) höheren Wert mit 55,8 Prozent geplant.

Mit der für 2026 geplanten geschäftlichen Entwicklung und der geplanten Ergebniserwartung wird eine aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote von 17,9 Prozent geplant.

Hansestadt Stralsund, 28. Mai 2026

Volksbank Vorpommern eG

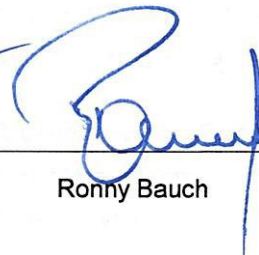
Der Vorstand:



Jens Klingebiel



Martin Wangemann



Ronny Bauch